## S 5 RA 277/96

Leitsätze

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht Sachgebiet Rentenversicherung

**Abteilung** 

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft

Herabsetzung des Werts der monatlichen Deskriptoren

> Einzelansprüche aus dem Stammrecht um die pfändbaren Beträge wegen

Abtretungsvereinbarungen 1. Der öffentlich-rechtliche

Abtretungsvertrag bewirkt materiell-

rechtlich eine Änderung der

Rechtszuständigkeit mit der Folge dass der sich aus dem Stammrecht ergebende

monatliche Einzelanspruch in einen

unpfändbaren dem Zedenten

(Versicherten) und einen pfändbaren dem Zessionar zustehenden Anspruch(steil)

aufgespalten wird.

2. Der Rentenversicherungsträger ist in

diesem Fall zur Aufhebung und Neufestsetzung des Wertes der

monatlichen Einzelansprüche gegenüber

dem Versicherten (durch Verwaltungsakte) verpflichtet.

3. Bloße Mitteilungen des

Rentenversicherungsträgers über die Höhe des nicht abtretbaren unpfändbaren Betrages sind keine Verwaltungsakte.

SGB I § 53 Abs 4

SGB X § 48 Abs 1

**BGB § 398 ZPO § 850c** 

SGB X § 40

1. Instanz

Normenkette

S 5 RA 277/96 Aktenzeichen

Datum 08.11.2000

2. Instanz

Aktenzeichen L 4 (3) RA 91/00 Datum 30.04.2003

## 3. Instanz

Datum 23.10.2003

Die Revision des Klägers gegen das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 30. April 2003 wird zurýckgewiesen. Der Kläger hat der Beigeladenen zu 1) und der Beigeladenen zu 2) die auÃ∏ergerichtlichen Kosten des Rechtsstreits zu erstatten; im Ã∏brigen sind auÃ∏ergerichtliche Kosten nicht zu erstatten.

Gründe:

Ī

Der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{\mathbb{m}}\)ger begehrt die Zahlung der monatlichen "Rente" aus dem H\(\tilde{A}\)\(\tilde{\mathbb{n}}\) chstwert seines Rechts allein noch f\(\tilde{A}^1\)\(\frac{4}{r}\) Bezugszeiten zwischen Oktober 1983 und Ende Februar 1991. In diesem Zusammenhang streiten die Beteiligten, ob die Beklagte berechtigt war, wegen Abtretungsvereinbarungen den Wert der monatlichen Einzelanspr\(\tilde{A}^1\)\(\frac{4}{r}\) che aus dem Stammrecht um die jeweils pf\(\tilde{A}\)\(\tilde{\mathbb{m}}\)ndbaren Betr\(\tilde{A}\)\(\tilde{\mathbb{m}}\)geherabzusetzen.

Ua mit "Abtretungszweckerklā¤rung" vom 30. Mā¤rz 1981 (eingegangen bei der Beklagten am 5. Mā¤rz 1986) hatte der Klā¤ger den pfā¤ndbaren Rentenanteil aus kā¼nftigen Rentenzahlungen der beklagten BfA unwiderruflich wegen einer "Geldsumme von 40.000,00 DM vorrangig und unabdingbar" an seine (1987 verstorbene) Mutter, Frau Eva A. (A), und an seine Tante, Frau Kā¤the G. (G), abgetreten. Am 29. Juni 1983 (eingegangen bei der Beklagten am 1. Juli 1983) trat der Klā¤ger zur Sicherung aller bestehenden und kā¼nftigen Forderungen aus der Geschā¤ftsverbindung Ansprā¼che gegen die beklagte BfA auf "Renten- und Ā□bergangsgeld" an die Beigeladene zu 1) ab. Mit Pfā¤ndungs- und Ā□berweisungsbeschluss vom 16. August 1995 pfā¤ndete die Beigeladene zu 2) monatliche Rentenansprā¼che des Klā¤gers.

Die Beklagte hatte ua in der Zeit von Oktober 1983 bis Februar 1991 in verschiedenen Bescheiden den Wert des Rechts auf EU-Rente festgestellt und jĤhrlich angepasst; im Hinblick auf Abtretungen, PfĤndungen und Verrechnungsersuchen hatte sie die an den KlĤger zu zahlende "Rente" nicht gemĤÄ∏ dem HĶchstwert des Rechts, sondern niedriger in HĶhe des pfĤndungsfreien Betrags festgesetzt. Bei dem zur Auszahlung gelangten Betrag berļcksichtigte sie die zeitweilig geleisteten Kinderzuschļsse, Beitragszuschļsse zur gesetzlichen Krankenversicherung sowie die von ihm zu erbringenden BeitrĤge.

In Ausführung eines gerichtlichen Vergleichs (SG KöIn â∏ S 5 An 271/82) hatte die Beklagte dem Kläger eine Rente auf Zeit bewilligt (Bescheid vom 4. Mai 1984). Im Verlaufe des sich anschlieÃ∏enden Rechtsstreits (SG KöIn â∏ S 5 An 161/84)

erging der Bescheid vom 4. September 1984. In diesem bewilligte die Beklagte dem KlĤger weiter für die Zeit ab 1. April 1983 eine EU-Rente auf Zeit. Der sich aus dem Stammrecht des Rechts auf EU-Rente ergebende monatliche Einzelanspruch belief sich danach ab Oktober 1983 auf 1.758,17 DM und ab 1. Juli 1984 auf 1.817,94 DM; dieser an den Kläger auszuzahlende Betrag aus dem Einzelanspruch wurde herabgesetzt; in Abzug gebracht wurde der pfändbare Betrag (zu Gunsten der Beigeladenen zu 1) bis 31. März 1984 in Höhe von 360,80 DM, ab 1. April 1984 von 221,60 DM und ab 1. Juli 1984 von 229,60 DM.

Mit Bescheid vom 8. Juli 1985 passte die Beklagte die Rente zum 1. Juli 1985 an. Der Wert des monatlichen Einzelanspruchs gemĤÄ $_{\square}$  dem HĶchstwert des Rechts belief sich ab diesem Zeitpunkt auf 1.872,45 DM; hiervon wurde (zu Gunsten der Beigeladenen zu 1) ein pfĤndbarer Betrag von 245,60 DM in Abzug gebracht. Der Bescheid vom 4. September 1984 wurde Gegenstand des Verfahrens vor dem SG KĶln â $_{\square}$  S 5 An 161/84 â $_{\square}$  und derjenige vom 8. Juli 1985 Gegenstand des Verfahrens vor dem SG KĶln â $_{\square}$  S 5 An 215/85 -. In beiden Verfahren nahm der KlĤger die Klage zurĽck. Durch Urteil vom 30. Januar 1991 stellte das LSG Nordrhein-Westfalen (L 8 An 121/90 â $_{\square}$  SG KĶln S 5 An 263/87) die Wirksamkeit der KlagerĽcknahmen fest.

Mit Bescheid vom 6. Juni 1988 bewilligte die Beklagte auf Grund eines von ihr abgegebenen Anerkenntnisses in dem Rechtsstreit S 5 An 5/88 SG KöIn dem Kläger eine unbefristete EU-Rente; den Wert des monatlichen Einzelanspruchs aus dem Recht stellte sie ab 1. Januar 1988 mit 2.001,10 DM und ab 1. Juli 1988 mit 2.060,10 DM fest; auf Grund der Abtretungsvereinbarung zwischen dem Kläger und A. und G. setzte die Beklagte die Höhe des Einzelanspruchs unter Berýcksichtigung eines pfändbaren Betrags bis 30. Juni 1988 von 394,00 DM und ab 1. Juli 1988 von 414,00 DM fest. Mit am 18. Juni 1988 in diesen Verfahren bei dem SG eingegangenen Schreiben teilte der Kläger dem Gericht mit, damit habe das Verfahren seine Erledigung gefunden; dies gelte jedoch nicht hinsichtlich des noch vor dem SG Köln S 5 An 263/87 anhängigen Streitgegenstandes (s oben Erledigung durch Klagerýcknahme, Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 30. Januar 1991).

Mit Bescheid vom 12. Mai 1989 stellte die Beklagte den monatlichen Einzelanspruch aus dem Recht ab Juli 1989 mit 2.121,89 DM fest; bei der Höhe des dem Kläger zustehenden monatlichen Einzelanspruchs zog sie einen pfändbaren Betrag von 444,00 DM auf Grund der Abtretungsvereinbarung zwischen dem Kläger und A. und G. sowie einen solchen von 441,04 DM auf Grund eines Verrechnungsersuchens des Landesarbeitsamtes ab. Der Kläger wandte sich sowohl gegen diesen Bescheid als auch gegen ein "Schreiben" der Beklagten vom 9. August 1989, in dem jeweils der Wert der Rente nach Anpassung zum 1. Juli 1989 und unter Abzug der oben genannten Beträge mitgeteilt worden war. Er machte insoweit geltend, seine Rente sei insgesamt unpfändbar. Später, mit am 8. Dezember 1989 bei der Beklagten eingegangenem Schreiben vom 6. Dezember 1989, erklärte er ua, soweit die monatliche "Rente" einen Betrag von 1.622,40 DM übersteige, könnten Auszahlungen auf Grund der Abtretung zu Gunsten von A. und G. erfolgen. Mit Schreiben vom 10. Januar 1990 nahm er seinen Widerspruch zurþck,

"soweit er die Einbehaltungen zu Gunsten des Landesarbeitsamtes betreffe".

Mit an den Kläger gerichteter "Verfügung" vom 24. Juli 1990 (ohne Rechtsmittelbelehrung) stellte die Beklagte die Höhe des Einzelanspruchs aus dem Recht ab 1. Juli 1990 auf 2.187,70 DM fest; bei dem dem Kläger zustehenden monatlichen Rentenbetrag berÃ⅓cksichtigte sie zu Gunsten von G. einen â∏ abzuziehenden â∏ pfändbaren Betrag von 474,00 DM. Am 8. Januar 1991 legte der Kläger eine Vereinbarung mit G. vom 6. Januar 1990 vor. Darin erklärte G., dass sie fÃ⅓r die Zukunft keine Rechte mehr aus der Vereinbarung vom 30. März 1981 herleite und sie die ihr zugehenden monatlichen Zahlungen der Beklagten direkt an den Kläger weiterleite. In der Folgezeit stellte die Beklagte die Zahlungen an G. und die Beigeladene zu 1) ein.

Am 29. Oktober 1996 hat der KlÄger Klage erhoben und ua beantragt, an ihn 37.808,60 DM zu zahlen. Das SG hat durch Urteil vom 8. November 2000 die Bescheide vom 4. September 1984 und vom 8. Juli 1985 aufgehoben, "soweit sie die HĶhe der Einbehaltung von RentenbetrĤgen zu Gunsten der Beigeladenen zu 1) für die Zeit vom 1. Oktober 1983 bis 30. Juni 1985 regeln". Die Bescheide vom 6. Juni 1988, 12. Mai 1989, 9. August 1989 und 24. Juli 1990 hat das SG aufgehoben, soweit sie die Einbehaltungen von RentenbetrĤgen zu Gunsten von G. regeln; ferner hat es die Beklagte verurteilt, an den KlĤger 341,50 DM zu zahlen. Im ̸brigen hat es die Klage abgewiesen. Die Beklagte hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, ausgenommen ihre Verurteilung zur Zahlung eines Betrags von 341,50 DM. Durch Urteil vom 30. April 2003 hat das LSG dieses Urteil des SG insoweit abgeändert, als es die Bescheide der Beklagten vom 4. September 1984, 8. Juli 1985, 6. Juni 1988, 12. Mai 1989, 9. August 1989 und 24. Juli 1990 aufgehoben hat. Es hat im Wesentlichen ausgefļhrt: Gegenstand des Berufungsverfahrens seien die im Tenor genannten Bescheide, soweit darin die aus dem Wert des Rechts auf EU-Rente resultierenden monatlichen EinzelansprA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>che wegen der Abtretungen der RentenansprA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>che an A. und G. sowie an die Beigeladene zu 1) nicht in voller Höhe an den Kläger gezahlt worden seien. Die Anfechtungsklagen seien zuläxssig. Bei den vom Kläxger angegriffenen Mitteilungen über die Höhe der an die Beigeladene zu 1) bzw an die Zessionare abzuführenden Beträge handele es sich um Verwaltungsakte. Einer materiellen ̸berprüfung der Bescheide vom 4. September 1984, 8. Juli 1985 und 6. Juni 1988 stehe jedoch deren Bestandskraft entgegen. Die Bescheide vom 12. Mai 1989, 9. August 1989 und 24. Juli 1990 seien entgegen der Auffassung des SG nicht rechtswidrig. Die Beklagte habe den KlAzger zwar vor Erlass der Bescheide nicht wirksam angehört. Die Anhörung sei jedoch bis zur abschlieÃ∏enden Entscheidung nachgeholt worden. Die Bescheide seien auch im Ä\pirigen materiell rechtmäÃ∏ig. Die Beklagte sei nach Anzeige der Abtretung verpflichtet gewesen, den von der Abtretung erfassten Betrag zu errechnen und an die Zessionare auszuzahlen. Die Beklagte sei hingegen nicht verpflichtet gewesen zu prüfen, ob die PfĤndungsfreigrenzen zu Gunsten des KlĤgers in entsprechender Anwendung von <u>§ 850f Abs 1a ZPO</u> wegen Sozialhilfebedürftigkeit heraufzusetzen seien.

Der Kläger hat die vom LSG zugelassene Revision eingelegt. Er bezieht sich auf die Gründe der erstinstanzlichen Entscheidung und trägt vor: Die Bescheide vom 4.

September 1984, 8. Juli 1985 und 6. Juni 1988 seien entgegen der Auffassung des LSG nicht bindend geworden. Denn ob und in welcher Höhe auf Grund der Abtretungen Beträge von der Beklagten an die Zessionare zu zahlen seien, sei nicht Gegenstand der jeweiligen Verfahren gewesen. Die Beträge seien darüber hinaus auch nicht gesondert durch Verwaltungsakt festgesetzt worden. Zu Unrecht sei das LSG ferner davon ausgegangen, dass die Anhörungen bis zur Beendigung der Vorverfahren wirksam nachgeholt worden seien. Widerspruchsbescheide seien jeweils nicht ergangen. SchlieÃ□lich habe er Anträge auf Heraufsetzung der pfändungsfreien Beträge gestellt; Ã⅓ber diese Anträge hätte die Beklagte durch Verwaltungsakt entscheiden mÃ⅓ssen.

Der KlAzger beantragt,

das Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 30. April 2003 aufzuheben und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des SG K $\tilde{A}$ ¶In vom 8. November 2000 zur $\tilde{A}^{1/4}$ ckzuweisen.

Die Beklagte beantragt,

die Revision zurĽckzuweisen.

Sie ist der Ansicht, die Entscheidung des LSG sei im Ergebnis zutreffend; das SG habe die angefochtenen Verwaltungsentscheidungen nicht aufheben d $\tilde{A}^{1/4}$ rfen, da sie in Bindungswirkung erwachsen seien.

Beigeladene zu 1) und Beigeladene zu 2) haben sich in der Sache nicht geäuÃ□ert.

Ш

Die Revision des Klägers ist unbegründet.

A. Gegenstand des Verfahrens ist das in einer Verbindung von Anfechtungs- und allgemeinen Leistungsklagen (<u>§ 54 Abs 1 und 5 SGG</u>) verfolgte Begehren des Klägers, die Beklagte zu verurteilen, ihm eine monatliche "Rente" unter Berücksichtigung der Höchstwertfestsetzungen (ua in den Bescheiden vom 4. September 1984 und vom 6. Juni 1988) sowie der jĤhrlichen Anpassungen unter Aufhebung der in den Bescheiden vom 4. September 1984, 8. Juli 1985, 6. Juni 1988, 12. Mai 1989, 9. August 1989 und 24. Juli 1990 von der Beklagten um die abgetretenen (pfÃxndbaren) BetrÃxge (§ 53 SGB I iVm §Â§ 398 ff BGB entsprechend und <u>§Â§ 850c ff ZPO</u>) herabgesetzten Einzelansprüche aus dem Stammrecht (unter Anrechnung bereits erbrachter Leistungen) zu zahlen. Die Feststellungen in weiteren zwischen dem Kläger und der Beklagten ergangenen (und noch vor dem SG anhängig gewesenen) Bescheiden und etwaige hieraus resultierende ZahlungsansprÃ1/4che sind hingegen nicht mehr Gegenstand des Verfahrens. Der Kläger begehrt somit sinngemäÃ∏ allein die Wiederherstellung der für ihn günstigen erstinstanzlichen Entscheidung. Das SG hatte mit Urteil vom 8. November 2000 die Entscheidungen der Beklagten â□□ Festsetzungen der monatlichen Einzelansprüche aus dem Recht auf Rente unter Berücksichtigung der abgetretenen pfĤndungsfreien BetrĤge â∏∏ in den Bescheiden vom 4.

September 1984, 8. Juli 1985, 6. Juni 1988, 12. Mai 1989, 9. August 1989 und 24. Juli 1990 für die Zeit ab Oktober 1983 aufgehoben und damit die Beklagte (inzidenter) zur Zahlung der monatlichen Rentenbeträge aus dem Höchstwert (unter Anrechnung bisher erbrachter Leistungen) an den Kläger verurteilt.

Gegen das im Ã□brigen klageabweisende Urteil des SG hatte der Kläger kein Rechtsmittel eingelegt, sodass rechtskräftig feststeht, dass die in den Bescheiden vom 22. Mai 1986, 1. Juni 1987, 28. März 1991, 25. April 1991 und 6. November 1992 getroffenen Regelungen über die an den Kläger monatlich zu zahlenden "Rentenbeträge" nach wie vor Bestand haben.

B. Der KlĤger hat mit dem og Begehren keinen Erfolg.

Die zulĤssige allgemeine Leistungsklage ist schon deshalb unbegründet, weil dem Kläger aus seinem Stammrecht auf EU-Rente für den streitigen Zeitraum keine höheren monatlichen Einzelansprüche zustehen. Die Beklagte hatte insoweit die früheren Feststellungen der sich aus dem Höchstwert des Rechts ergebenden monatlichen Einzelansprüche wegen der Abtretungsvereinbarungen zu Gunsten von A. und G. sowie der Beigeladenen zu 1) teilweise aufgehoben (§ 48 Abs 1 SGB X) und die Höhe der Einzelansprüche neu festgestellt. Diese Verwaltungsakte sind unanfechtbar und bindend geworden. Die vom Kläger später vor dem SG hiergegen gerichteten Anfechtungsklagen sind zwar statthaft, aber unzulässig, weil sie erst nach Eintritt der Unanfechtbarkeit dieser Verwaltungsakte erhoben wurden. In jedem Fall war nicht nur die Klagefrist aus  $\frac{A}{8}$  87 SGG, sondern auch die Jahresfrist des  $\frac{A}{8}$  66 Abs 2 SGG verstrichen.

- 1.a) Die allgemeine Leistungsklage ist zwar zulÄxssig. Unerheblich ist insoweit, dass der KlÄxger einen bezifferten Antrag nicht mehr gestellt hat. Denn dem Bestimmtheitsgebot ist genÄx4gt, wenn neben einer hinreichend genauen Darlegung des anspruchsbegrÄx4ndenden Sachverhalts die ungefÄx4hre HÄx4he des verlangten Betrags angegeben wird; x4s 130 Satz 1 Regelung 2 SGG erlaubt bei der auf Geldleistung gerichteten echten Leistungsklage die Verurteilung dem Grunde nach (vgl hierzu BSGE 67, 143, 149 = SozR 3-1200 x5s 52 Nr 1); dieses (echte) Zwischenurteil steht (nur) hinsichtlich der Rechtsmittel einem Endurteil gleich, x5d-4der die HÄx6he des "Anspruchs" ist erst im notwendigen gerichtlichen Nachverfahren zu entscheiden.
- b) Die allgemeine Leistungsklage ist jedoch unbegründet.
- aa) Zwar hat der Kläger grundsätzlich fÃ⅓r jeden Kalendermonat im streitigen Zeitraum jeweils einen Zahlungsanspruch in Höhe des durch Verwaltungsakt festgesetzten Höchstwerts des Stammrechts, wie er in den Bescheiden vom 4. September 1984 (Weiterbewilligung einer EU-Rente auf Zeit) und vom 6. Juni 1988 (Bewilligung einer unbefristeten EU-Rente) festgesetzt worden ist. Diese Bescheide enthalten mehrere Verwaltungsakte iS von § 31 SGB X; neben den Entscheidungen Ã⅓ber Rentenart, Beginn und Dauer ist auch der â∏ im Regelfall dynamisierbare â∏ (Höchst-)Wert des Stammrechts auf EU-Rente (und damit auch der Wert der sich als RechtsfrÃ⅓chte (§ 99 BGB) hieraus ergebenden monatlichen

Einzelansprüche) festgestellt worden. Die Höchstwertfestsetzung des Stammrechts einschlieÃ $\square$ lich des darin enthaltenen Werts seiner Rechtsfrüchte, der monatlichen Einzelansprüche, bleibt â $\square$  auch im VerhÃ $\square$ ltnis zwischen dem Zedenten und dem RentenversicherungstrÃ $\square$ ger â $\square$  solange in voller Höhe wirksam und Grundlage für die Zahlungsansprüche, bis sie durch einen anderen Verwaltungsakt aufgehoben oder abgeÃ $\square$ ndert wird oder sich anderweitig erledigt (§Â§ 39 Abs 2, 44 ff SGB X, § 77 SGG).

bb) Eine Ä\( \) nderung der Feststellung des H\( \tilde{\t

aaa) Unabhängig von den Formulierungen in den einzelnen an den Kläger gerichteten "Bescheiden", "Schreiben" und "VerfÃ1/4gungen" handelt es sich bei den Aufhebungen und Neufeststellungen der von der Festsetzung des HA¶chstwerts des Stammrechts infolge der Abtretung abweichenden Werte der monatlichen Einzelansprýche gegenüber dem Kläger als Versicherten (und Zedenten) um Verwaltungsakte; denn sie regeln einen Einzelfall auf dem Gebiet des Ķffentlichen Rechts, dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherung, mit unmittelbarer Rechtswirkung nach au̸en (vgl hierzu <u>BSGE 57, 211</u>, 212 = SozR 1200 Art 2 § 18 Nr 1; SozR 1300 § 63 Nr 10 S 34; BSGE 70, 37, 39 = SozR 3-1200 § 53 Nr 2). Demgegenüber ist der Rentenversicherungsträger am öffentlich-rechtlichen Abtretungsvertrag nicht beteiligt. Es liegt auch au̸erhalb der verwaltungsrechtlichen Dispositionsbefugnis der Vertragsparteien, ihn zu vertragsgestaltenden oder den Vertragsinhalt feststellenden Verwaltungsakten zu ermĤchtigen; auch hier gilt der Gesetzesvorbehalt. Es gibt aber keine gesetzliche ErmĤchtigungsgrundlage für solche vertragsgestaltenden oder -feststellenden Verwaltungsakte; § 53 Abs 2 Nr 2 SGB I ist hier schon thematisch nicht anwendbar. § 53 Abs 3 SGB I regelt nur die Voraussetzungen der Grenzen der verwaltungsvertraglichen ̸bertragungs- oder Verpfändungsmacht der Vertragsparteien. Soweit diese über den für Arbeitseinkommen geltenden unpfĤndbaren Betrag verfügen, ist der verwaltungsrechtliche Vertrag unwirksam (§ 58 Abs 1 SGB X iVm §Â§ 134, 139 BGB). Teilt also der RentenversicherungstrĤger den Vertragsparteien lediglich mit, welcher Betrag nach <u>§ 53 Abs 3 SGB I</u> nicht abtretbar (oder verpfA¤ndbar) ist, weist er sie nur auf die Grenzen der Wirksamkeit ihres Vertrages hin; entsteht zwischen den Vertragsparteien hierüber Streit untereinander, müssen sie vor dem SG klären, in welchem Umfang abgetreten worden ist. Auf Grund der durch den Abtretungs-/Verfýgungsvertrag wirksam veränderten Rechtslage ist der Träger allerdings gegenýber dem Zedenten verpflichtet, die bisherige Festsetzung des Höchstwertes der Einzelansprýche aufzuheben und insoweit neu festzustellen (§ 48 Abs 1 SGB X, § 117 SGB VI) â $\square$  und die geschuldeten Beträge auch an den Zessionar zahlen (§ 53 Abs 4 SGB I) -.

bbb) Materiell-rechtlich betrifft der Ķffentlich-rechtliche Abtretungsvertrag (§ 53 SGB I iVm §Â§ 398 ff BGB entsprechend) beim rentenversicherungsrechtlichen LeistungsverhĤltnis nur die RechtszustĤndigkeit der monatlichen Einzelansprüche. Durch den (wirksamen) Abtretungsvertrag geht der (teilweise) abgetretene Einzelanspruch insoweit auf den Zessionar über. Die Abtretung selbst berührt also nicht das Stammrecht und dessen Höchstwert; dieses bleibt als unveränderbare "GröÃ∏e" bestehen. Sie hat â∏∏ auch bei der hier vorliegenden Vorausabtretung künftiger ("Renten") Ansprüche â∏ hinsichtlich des "pfĤndbaren" Teils des monatlichen Einzelanspruchs aus dem Stammrecht lediglich den Wechsel der RechtszustĤndigkeit auf der Seite des oder der Gläubiger zur Folge; die Forderung (hier monatlicher Einzelanspruch) selbst scheidet mit dem Wechsel der RechtszustĤndigkeit insoweit aus dem VermĶgen des Versicherten aus und geht insoweit in das VermĶgen des neuen GlĤubigers über, ohne dass sich an dem Inhalt des übertragenen Rechts und damit an seiner Rechtsnatur etwas ändert (vgl hierzu <u>BSGE 70, 37</u>, 39 = <u>SozR 3-1200 § 53</u> Nr 2; Staudinger/Busche 1999, § 398 RdNr 27). Dies hat zur Folge, dass bei von Abtretungsvereinbarungen erfassten künftigen Forderungen aus DauerschuldverhĤltnissen, wie demjenigen aus dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherung, der "neue" GlĤubiger die Forderung (insoweit) mit ihrer Entstehung direkt erwirbt. Der zu Beginn des Monats fÄxllig werdende Einzelanspruch aus dem HA¶chstwert des Rechts auf Rente spaltet sich mit seiner Entstehung materiell-rechtlich in einen pfĤndbaren dem AbtretungsglĤubiger zustehenden und einen unpfĤndbaren dem Versicherten zustehenden Anspruch(steil) auf. Deshalb muss der TrÄger gegenļber dem Stammrechtsinhaber die bisherige Festsetzung insoweit aufheben und die Werte der monatlichen Einzelansprļche, soweit sie abgetreten sind, neu und niedriger feststellen (§ 48 Abs 1 Satz 1 und 2 SGB X). Hiergegen stehen dem Stammrechtsinhaber die Anfechtungsklagen offen, die er jeweils mit einer auf die frühere Höchstwertfestsetzung gestützten (echten) Leistungsklage verbinden kann. Der Zessionar, der meint, der RentenversicherungstrĤger zahle ihm zu wenig, kann dies mit der Leistungsklage gegen diesen geltend machen.

ccc) Ausgehend hiervon hatte die Beklagte die jeweiligen bisherigen Festsetzungen insoweit aufgehoben und die Werte der monatlichen Einzelanspr $\tilde{A}^{1}$ 4che im streitigen Zeitraum durch die (bestandskr $\tilde{A}$ xftig gewordenen) Verwaltungsakte niedriger, abz $\tilde{A}^{1}$ 4glich des jeweils abgetretenen pf $\tilde{A}$ xndbaren Betrags festgesetzt (vgl hierzu BSGE 76, 184, 186 f mwN = SozR 3-1200  $\hat{A}$ § 53 Nr 8; BSGE 57, 211, 212 = SozR 1200 Art 2  $\hat{A}$ § 18 Nr 1; vgl hierzu auch BSGE 70, 37, 39 f = SozR 3-1200  $\hat{A}$ § 53 Nr 2); einer Anh $\tilde{A}$ 1rung bedurfte es insoweit nicht ( $\hat{A}$ § 24 Abs 2 Nr 3 SGB X; vgl zu der insoweit unzutreffenden Rechtsansicht des LSG zur "wirksamen" Nachholung,  $\hat{A}$ § 42 Satz 2 SGB X: BSG SozR 3-1300  $\hat{A}$ § 24 Nr 22 S 69 ff).

- 2. Entgegen der Auffassung des Klå¤gers sind die og Verwaltungsakte über die Hå¶he der monatlich im maå□geblichen Bezugszeitraum dem Klå¤ger zustehenden Einzelansprüche unanfechtbar geworden und bindend geblieben (ŧ 77 SGG); der Klå¤ger hat gegen sie teils keinen Rechtsbehelf eingelegt, teils Rechtsbehelfe für erledigt erklå¤rt und teils solche wieder zurückgenommen. Die vom Klå¤ger vor dem SG erhobenen Anfechtungsklagen sind also unzulå¤ssig, weil sie erst nach Eintritt der Unanfechtbarkeit der angefochtenen Verwaltungsakte erhoben wurden. In jedem Fall war nicht nur die Klagefrist aus <u>ŧ 87 SGG</u>, sondern auch die Jahresfrist nach <u>ŧ 66 Abs 2 SGG</u> verstrichen. Dies hat zur Folge, dass å□□ worauf bereits hingewiesen å□□ die verfristet erhobenen Anfechtungsklagen unzulå¤ssig und die bindenden Verwaltungsakte vom Klå¤ger hinzunehmen sind, sodass ihm gegen die Beklagte kein Anspruch auf Zahlung von restlichen Betrå¤gen zusteht.
- a) Die in Ausführung eines gerichtlichen Vergleichs getroffenen Regelungen im Bescheid vom 4. September 1984 ua über die Höhe des Einzelanspruchs (aus dem Stammrecht) sowie über die Höhe der an den Kläger monatlich zu zahlenden "Rente" nach Abzug des pfändbaren Betrags (zu Gunsten der Beigeladenen zu 1) für die Zeit ab Oktober 1983 sowie die entsprechende Regelungen im Bescheid vom 8. Juli 1985 (für die Zeit ab 1. Juli 1985) sind jeweils nach Rücknahme der sie betreffenden Klagen (S 5 An 161/84 und S 5 An 215/85 SG Köln) bestandskräftig geworden. Dies hat das LSG Nordrhein-Westfalen durch Urteil vom 30. Januar 1991 (L 8 An 121/90 â∏ SG Köln S 5 An 263/87) rechtskräftig festgestellt.

Selbst wenn man im Ã\[]brigen unterstellen wollte, die Verwaltungsakte Ã\[]4ber die HÃ\[]4he der jeweiligen monatlichen AnsprÃ\[]4che seien nicht Gegenstand der gerichtlichen Verfahren gewesen, so wÃ\[]xren die 1984 und 1985 ergangenen Verwaltungsakte mangels Einlegung eines gesonderten fristgerechten Rechtsbehelfs â\[]\[] ohnehin â\[]\[] bestandskrÃ\[]xftig geworden (\(\hat{A\§A\§}\) 77, \(\hat{66}\) SGG).

- b) Die auf Grund Anerkenntnisses der Beklagten im Bescheid vom 6. Juni 1988 getroffenen Regelungen ua über den nach der Abtretung zu Gunsten von A. und G. für die Zeit ab 1. Januar 1988 um den pfändbaren Betrag herabgesetzten monatlichen Einzelanspruch des Klägers sind ebenfalls bestandskräftig geworden. Denn der Kläger hatte das Anerkenntnis der Beklagten insoweit angenommen und den Rechtsstreit für erledigt erklärt. Er hatte dem Gericht in dem Rechtsstreit S 5 An 5/88 SG Köln mitgeteilt, das Verfahren habe hierdurch seine Erledigung gefunden.
- c) Der im Bescheid vom 12. Mai 1989 für die Zeit ab 1. Juli 1989 festgestellte monatliche Einzelanspruch, der sowohl im Hinblick auf die Abtretung zu Gunsten von G. als auch im Hinblick auf eine Verrechnung zu Gunsten des (hier nicht beteiligten) Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen herabgesetzt worden war, ist ebenfalls bestandskräftig geworden. Dies gilt in gleicher Weise für das als Verwaltungsakt zu wertende "Schreiben" der Beklagten vom 9. August 1989, das entsprechende Regelungen enthielt. Denn der Kläger hatte mit Schreiben vom 10. Januar 1990 seinen insoweit eingelegten Widerspruch zurückgenommen, nachdem die Beklagte die zur Verrechnung einbehaltenen Beträge an den Kläger

ausgezahlt hatte. Zuvor, mit Schreiben vom 6. Dezember 1989, hatte der KlĤger bereits erklĤrt, dass die Auszahlung des pfĤndbaren Betrags zu Gunsten von G. und A. erfolgen kĶnne und mithin insoweit den Rechtsbehelf nicht mehr aufrechterhalten (§ 133 BGB).

- d) Gegen die ihm â soweit ersichtlich â ohne Rechtsmittelbelehrung ý bersandte "Verfü gung" vom 24. Juli 1990 hat der Kläger innerhalb eines Jahres keinen Rechtsbehelf eingelegt. Anhaltspunkte dafür, dass eine der in § 66 Abs 2 SGG genannten Ausnahmen von der Jahresfrist (Vorliegen höherer Gewalt oder Belehrung, es gebe kein Rechtsmittel) gegeben waren, liegen nicht vor und sind vom Kläger auch nicht vorgetragen worden. In dem og Bescheid vom 24. Juli 1990 war der Einzelanspruch aus dem Recht auf Grund der Abtretung an G. nicht in voller Höhe, sondern abzüglich des pfändbaren Betrags festgesetzt worden. Für die Einlegung eines Rechtsbehelfs insoweit bestand im à brigen nach den Darlegungen des Klägers auch keine Veranlassung. Er hatte unter Vorlage einer Vereinbarung mit G. vom 6. Januar 1990 (A. war bereits 1987 verstorben) im Januar und Februar 1991 mitgeteilt, dass G. die Zahlungen der Beklagten an ihn jeweils weiterleiten werde.
- e) Die Feststellungen der Höhe des dem Kläger jeweils zustehenden Einzelanspruchs in den og Bescheiden sind nach alledem bestandskräftig geworden. Grþnde fþr eine Nichtigkeit der Verwaltungsakte sind weder dargetan noch ersichtlich (vgl hierzu <u>§ 40 Abs 1</u> und 2 SGB X).
- f) Die Revision hat mithin keinen Erfolg.
- 3. Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§Â§ 183</u>, <u>193 SGG</u>.

Erstellt am: 06.02.2004

Zuletzt verändert am: 20.12.2024